

# KOMMUNALWAHL 2014

MIR SIN DRAN.

## LEITANTRAG

ZUM 42. ORDENTLICHEN BEZIRKSTAG  
DER JUNGEN UNION SÜDBADEN  
AM 2./3. MÄRZ 2013 IN SPAICHINGEN

## Inhaltsverzeichnis

1. Aktives Kommunalwahlrecht ab 16.....	1
2. Flächendeckende Jugendgemeinderäte.....	1
3. Passives Wahlalter für Bürgermeister absenken.....	2
4. Auf die Kompetenz kommt es an – Chancen für Junge und Frauen auf der Liste!.....	3
5. Bürgerbeteiligung: Echter Diskurs statt Blockadeinstrument von Minderheiten!.....	3
6. Direktwahl Landräte.....	4
7. Abwahl Bürgermeister.....	4
8. Zweitwohnsitzsteuer.....	5
9. Neue Medien im Kommunalwahlkampf.....	6
10. Kommunalfinanzen.....	7
11. Kinderbetreuung.....	7
12. Schulentwicklung, Ganztageschule.....	8
13. innerstädtisch Tempo 30 und 40.....	9
14. Beschäftigung mit „Nein-Partei“.....	10

## Redaktion

Marco Vouk  
Carmen Jäger  
Philipp Singler  
Johannes Rothenberger  
Maria Lena Weiss  
Yannick Bury  
Alexander Glöckler

## 1 Aktives Kommunalwahlrecht ab 16

2

### 1.1 Forderung

Die JU Südbaden ist für die Absenkung des aktiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen. Für uns gilt gleichzeitig die Herausforderung, die Jugendlichen bei der Willensbildung zu unterstützen und auf jeder Liste mindestens einen Kandidaten unter 20 Jahren zu positionieren.

8

### 1.2 Begründung

Die frühzeitige Beteiligung an der Wahl des Gemeinderates in der Heimatgemeinde ist eine gute Möglichkeit, junge Menschen auf Gemeindeebene an die Politik und auch an ein späteres Amt als Gemeinderatsmitglied heranzuführen. Gerade in den überwiegend ländlich geprägten Gebieten in Baden-Württemberg sind die meisten Kandidaten in der Gemeinde bekannt und präsent, so dass junge Wähler sich selbst eine Meinung bilden und in die Gesellschaft einbringen können. Auf Landes- und Bundesebene sollte dieses Bürgerrecht allerdings nicht ausgeweitet werden. Die Distanz – im doppelten Wortsinn – zu den Kandidaten ist zu groß, da hier meist Politprofis agieren.

18

## 2. Flächendeckende Jugendgemeinderäte

20

### 2.1 Forderung

Die Junge Union Südbaden fordert die flächendeckende und verpflichtende Einführung von Jugendgemeinderäten in allen Kommunen mit über 15 000 Einwohnern. Den Jugendgemeinderäten sollen dabei ein Rede- und Antragsrecht im Gemeinderat eingeräumt werden. Außerdem soll der Jugendgemeinderat mit einem eigenen Budget ausgestattet sein. Falls bestehende Jugendgemeinderäte dies noch nicht besitzen, sollen sie diese erhalten.

28

### 2.2 Begründung

In einigen Gemeinden in Baden-Württemberg gibt es bereits Jugendgemeinderäte oder Jugendparlamente. Der Paragraph 41 a der baden-württembergischen Gemeindeordnung regelt die Möglichkeit der Einrichtung eines Jugendgemeinderats oder einer anderen

32

33 Jugendvertretung durch die Gemeinde. Die Einführung eines Jugendgemeinderats bringt  
34 mehrere Vorteile mit sich. Jugendliche beschäftigen sich frühzeitig mit  
35 kommunalpolitischen Themen und setzen sich dann später verstärkt für ihre Gemeinde  
36 und andere politische Themen ein. Auf jugendgerechte Weise lernen die  
37 Heranwachsenden die Arbeit in Gremien und eine politische Kultur ohne den Einfluss  
38 einer Partei im Hintergrund. Außerdem haben die Jugendlichen mehr Chancen, durch ihre  
39 Arbeit in die Öffentlichkeit zu kommen und dadurch später einfacher ein  
40 Gemeinderatsmandat zu erhalten. Zumal sie dann schon kommunalpolitische Erfahrungen  
41 mitbringen und nicht als „Neulinge“ im Gemeinderat gelten. Hinzu kommt, dass in vielen  
42 Städten und Gemeinden die Räte ständig älter werden und das Durchschnittsalter immer  
43 weiter steigt. Dabei wird oft der Blick auf die Jugendthemen vernachlässigt. Hier kann ein  
44 Jugendgemeinderat mit Rede- und Antragsrecht eine neue Sichtweise einbringen.

45

### 46 **3. Passives Wahlalter für Bürgermeister absenken**

47

#### 48 **3.1 Forderung**

49 Die Junge Union Südbaden fordert die Herabsetzung des Wahlalters für Bürgermeister auf  
50 21 Jahre.

51

#### 52 **3.2 Begründung**

53 Das Wahlalters für Bürgermeister liegt derzeit in Baden-Württemberg bei 25. Sicherlich ist  
54 mit dem Amt eines Bürgermeisters eine große Verantwortung verbunden, da nicht nur  
55 eine politische Funktion dahinter steckt, sondern auch die Leitung einer Verwaltung mit  
56 ihren Mitarbeitern.

57 Doch sagt das Alter allein nichts darüber aus, inwieweit jemand für die entsprechenden  
58 Aufgaben geeignet ist. Die Wahl, welcher der Kandidaten am besten für den Posten  
59 geeignet ist, hat am Ende immer noch der Bürger. Oftmals kommt es vor, dass es bei  
60 Bürgermeisterwahlen auch nur einen Kandidaten gibt, der das Amt schon mehrere Jahre  
61 ausübt. Jungen Erwachsenen wird hier die Möglichkeit genommen, ihre eigenen Ideen mit  
62 einzubringen. Mit 25 sind viele Jugendliche allerdings schon fern der Heimat in Ausbildung  
63 und Beruf und das Interesse an der eigenen Kommune lässt nach. Selbst wenn die  
64 Kandidatur nicht automatisch zur gewonnen Wahl führt, verstärkt sie das Bewusstsein für  
65 die eigene Heimat.

66

## 67 **4. Auf die Kompetenz kommt es an – Chancen für Junge und** 68 **Frauen auf der Liste!**

69

### 70 **4.1 Forderung**

71 Die Junge Union Südbaden fordert bei der Aufstellungen der Listen für die Kommunalwahl  
72 die Eignung der Kandidaten als Maßstab. Gerade bei der Positionierung bei den vorderen  
73 Plätzen soll auch speziell jungen Erwachsenen und Frauen eine größere Bedeutung  
74 zufallen. Die südbadischen JU Verbände setzen sich das Ziel, flächendeckend und  
75 möglichst in allen Gemeinden mit Kandidaten präsent zu sein und junge Menschen für  
76 eine CDU Liste zu suchen.

77

### 78 **4.2 Begründung**

79 Die Gemeinderäte in Baden-Württemberg sind vor allem ältere und männliche Personen.  
80 Viele von diesen sind schon seit mehreren Jahrzehnten Mitglied in dem Gremium und  
81 werden auch bei der Aufstellung der Listen bevorzugt. Dabei werden oft neue aber ebenso  
82 geeignete Kandidaten auf hintere Plätze verwiesen. Junge Kandidaten auch auf den  
83 vorderen Plätzen erhöhen die Attraktivität der CDU Listen, gerade auch für junge Wähler.  
84 Ziel der CDU muss es sein, ein breites Angebot mit allen gesellschaftlichen Gruppen als  
85 Kandidaten und möglichen Mandatsträgern aufzustellen. Daher müssen gerade junge  
86 Menschen, die sich bereiterklären, für ein kommunales Mandat anzutreten, besonders  
87 gefördert werden. Um zu zeigen, dass man es ernst meint mit diesem Ziel, fordern wir eine  
88 Platzierung nicht irgendwo, sondern vorne auf den CDU Listen.

89

## 90 **5. Bürgerbeteiligung: Echter Diskurs statt Blockadeinstrument** 91 **von Minderheiten!**

92

### 93 **5.1 Forderung**

94 Die Junge Union Südbaden fordert die Landesregierung auf, weitere  
95 Onlinebeteiligungsmöglichkeiten über die Gemeindeordnung zuzulassen.

96

### 97 **5.2 Begründung**

98 S21, das Pumpspeicherkraftwerk Atdorf oder auch der Bürgerentscheid zur  
 99 Gemeinschaftsschule in Bad Saulgau haben gezeigt, dass die Bürger auch in der  
 100 Kommunalpolitik beteiligt werden wollen. Auch die steigende Zahl an Bürgerinitiativen  
 101 und Bürgerbegehren machen deutlich, dass eine größere Mitsprache der Bürger im  
 102 Kleinen gefordert wird. Dazu können die neuen Medien eine Hilfe leisten, indem sie zeit-  
 103 und ortsunabhängig Mitsprachemöglichkeiten und Transparenz bieten. Die Online-  
 104 Anhörung zur Novelle der Flensburger Punktekartei oder der Freiburger  
 105 Beteiligungshaushalt eröffnen für die Politik neue Kommunikationsmöglichkeiten zu  
 106 jedem Bürger.

107

## 108 **6. Direktwahl Landräte**

109

### 110 **6.1 Forderung**

111 Die Junge Union Südbaden setzt sich für die Direktwahl der Landräte in Baden-  
 112 Württemberg ein.

113

### 114 **6.2 Begründung**

115 Landräte haben, ähnlich wie Bürgermeister, nicht nur die Funktion, die Verwaltung ihrer  
 116 Behörde zu leiten, sondern geben auch die politische Richtung vor. Daher besitzen die  
 117 Landräte auch eine große politische Verantwortung. Eine Direktwahl durch die  
 118 Bürgerinnen und Bürger würde dieser Verantwortung noch mal eine deutlich größere  
 119 Bedeutung verleihen.

120 Baden-Württemberg ist eines der letzten Bundesländer in Deutschland, in dem die  
 121 Direktwahl bisher nicht eingeführt wurde. Die Wahlanalysen aus anderen Bundesländern  
 122 zeigen zwar, dass die Wahlbeteiligung unter den Werten einer Landtags- oder  
 123 Bundestagswahl liegt, doch ist dies bei Bürgermeisterwahlen ebenso.

124

## 125 **7. Abwahl Bürgermeister**

126

### 127 **7.1 Forderung**

128 Die Junge Union fordert, dass in der Gemeindeordnung die Möglichkeit der Abwahl von  
 129 Bürgermeistern während der laufenden Amtszeit, jedoch frühestens nach einer Amtszeit

130 von 2 Jahren geschaffen wird. Im Falle einer Abwahl wird die Amtszeit nach § 128 GemO  
131 für beendet erklärt.

132 Voraussetzung für eine Abwahl ist ein mit 2/3-Mehrheit gefasster Beschluss im  
133 Gemeinderat sowie zusätzlich ein Bürgerentscheid, der mit 2/3-Mehrheit der gültigen  
134 Stimmen der Abwahl zustimmt, sofern diese Mehrheit mindestens 1/2 der  
135 Stimmberechtigten beträgt.

136

## 137 **7.2 Begründung**

138 Das Phänomen, dass immer mehr Bürgermeister nach einer Amtszeit von 8 Jahren  
139 abgewählt werden, ist bekannt. In besonders eklatanten Fällen sind 8 Jahre jedoch eine  
140 sehr lange Zeit, die die Entwicklung der Gemeinde lähmen. In Südbaden sorgte der Fall der  
141 Gemeinde Rickenbach für großes Aufsehen. In Fällen, in denen der Bürgermeister seine  
142 Aufgaben in grobem Maße verletzt und der Gemeinde dadurch Schaden zufügt, soll ein  
143 Instrument in der Gemeindeordnung verankert werden, das die Abwahl von  
144 Bürgermeistern durch eine Kombination von Bürgerentscheid und Gemeinderatsbeschluss  
145 aus der Mitte der Bürgerschaft heraus ermöglicht. Da es sich um einen seltenen  
146 Ausnahmefall handeln soll, sind die Hürden für die Abwahl hoch anzusetzen. Ferner soll  
147 jeder neu gewählte Bürgermeister eine „Eingewöhnungsphase“ von 2 Jahren zugestanden  
148 bekommen, während der eine Abwahl durch die Bürgerschaft nicht zulässig ist.

149

## 150 **8. Zweitwohnsitzsteuer**

151

### 152 **8.1 Forderung**

153 Die Junge Union fordert die Abschaffung der Zweitwohnsitzsteuer für Studenten und  
154 Auszubildende.

155

### 156 **8.2 Begründung**

157 Durch die Zweitwohnsitzsteuer für Studenten und Auszubildende wird nicht nur eine  
158 Bevölkerungsgruppe benachteiligt, die finanziell ohnehin schon schlecht ausgestattet ist.  
159 Junge Menschen werden so dazu gezwungen, ihren Erstwohnsitz in der Gemeinde  
160 aufzugeben, in der sie aufgewachsen und verwurzelt sind. Gerade die CDU schreibt sich  
161 auf ihre Fahnen, den ländlichen Raum zu stärken. Durch die Zweitwohnsitzsteuer wird  
162 genau das Gegenteil erreicht – junge Menschen wird die gefühlsmäßige Bindung zu ihrer  
163 Heimatgemeinde quasi entrissen, weil sie sonst noch zusätzlich finanziell belastet werden.

164 Vor allem für unsere ländlichen Gemeinden bedeutet dies nicht nur finanzielle Ausfälle,  
165 sondern auch der Verlust gesellschaftspolitischen Engagements.

166

## 167 **9. Neue Medien im Kommunalwahlkampf**

168

### 169 **9.1 Forderung**

170 Die Junge Union Südbaden fordert, dass jeder CDU Orts- und Kreisverband einen aktiven  
171 Internetkommunalwahlkampf führt. Dazu soll jede Gemeinderats- und Kreistagsfraktion  
172 der CDU eine eigene Webpräsenz einrichten, auf der fortlaufend über die aktuelle Arbeit  
173 berichtet wird und alle Kandidaten und deren Ziele erstellt werden. Der Aufbau und die  
174 technische Umsetzung dazu muss nutzerfreundlich und möglichst einfach gehalten  
175 werden. Dies kann durch ein Baukastensystem mit verschiedenen Layouts geleistet  
176 werden. Die Junge Union Südbaden fordert, dass der Landesverband der CDU zur  
177 Kommunalwahl 2014 den Orts- und Kreisverbänden einen kostenlosen Webbaukasten  
178 vergleichbar mit dem des JU Bundesverbandes zur Verfügung stellt.

179 Gerade zur Terminankündigung und Einladung zu Veranstaltungen eignen sich die  
180 sozialen Medien. Dort besteht die Möglichkeit, Veranstaltungen gegenüber Personen  
181 bekannt zu machen, die bisher nicht von der CDU erreicht wurden.

182 Die Junge Union Südbaden fordert, soziale Medien insbesondere zur  
183 Veranstaltungseinladung im Kommunalwahlkampf zu nutzen.

184

### 185 **9.2 Begründung**

186 Das Internet ist bei den unter Dreißigjährigen mittlerweile in jeder Hinsicht  
187 Informationsmedium Nummer eins. Dabei spielen neben Webseiten die sozialen Medien  
188 wie Twitter, Facebook, Google + etc. eine immer größere Rolle. Mit Blick auf das gesenkte  
189 Wahlalter von 16 Jahren darf nicht außer Acht gelassen werden, dass mit den  
190 herkömmlichen Methoden die Jugend nicht mehr erreicht wird.

191

192 Doch ist eine kurzfristige Webpräsenz vor den Wahlen nicht zielgerichtet. Gerade  
193 mögliche Kandidaten beginnen sich nach einer ersten Ansprache durch die örtliche CDU  
194 im Internet über die Arbeit einer Fraktion zu informieren. Dazu wird bisweilen die  
195 Tagespresse herangezogen. Doch besteht gerade in urban geprägten Regionen das  
196 Problem einer Färbung der Presse.

197



198 Die bisherige Kandidatensuche hat sich bis dato auf die direkte persönliche Ansprache  
199 durch die Partei beschränkt. Doch zeigen aktuelle Studien, dass der örtliche Diskurs auch  
200 in den Gruppen verschiedener sozialer Medien geführt wird. Dies kann sich die lokale CDU  
201 zu Nutzen machen und potentielle Kandidaten ansprechen.

202

## 203 **10. Kommunalfinanzen**

204

### 205 **10.1 Forderung**

206 Auch für die Kommunen muss eine Schuldenbremse in der Gemeindeordnung vorgesehen  
207 werden. Streng nach dem Prinzip der Konnexität müssen Gelder zwischen den staatlichen  
208 Ebenen verteilt werden. Dies gilt insbesondere für die Realisierung des Rechtsanspruchs  
209 bei der Kleinkindbetreuung und der Betreuungsangebote an den Ganztagesesschulen.

210

### 211 **10.2 Begründung**

212 Die kommunale Verschuldung ist mit 150 Mrd. € erheblich. Wie Bund und Länder müssen  
213 auch die Kommunen zur Nullverschuldung kommen, damit für zukünftige Generationen  
214 Handlungsmöglichkeiten bestehen. Nach dem Motto: Wer bestellt hat auch zu bezahlen,  
215 sollen zukünftig die Gelder verteilt werden. Dies ist beispielsweise bei der Einrichtung von  
216 Kinderbetreuungsangeboten oder bei Betreuungsangeboten der Ganztagesesschulen  
217 erkennbar. Hier ist die Kommune in der Pflicht, Angebote zu schaffen. Dazu braucht sie  
218 auch die notwendige materielle Ausstattung.

219

## 220 **11. Kinderbetreuung**

221

### 222 **11.1 Forderung**

223 Nicht nur wegen des Rechtsanspruchs auf einen Kinderbetreuungsplatz für Kleinkinder  
224 sollen Kommunen die Betreuungseinrichtungen für die ganz Kleinen bis hin zu Teenis in  
225 Ganztagesesschulen flächendeckend ausbauen. Durch Kooperationen und innovative Ideen  
226 ist für ein möglichst vielfältiges und flexibles Angebot zu sorgen.

227

### 228 **11.2 Begründung**

229 Die Kinderbetreuung ist neben direkten finanziellen Transfers eine wichtige  
230 Unterstützung für die Familien. Ist ein flächendeckendes Angebot für die Betreuung  
231 gewährleistet, können die Familien flexibel und verlässlich planen.

232

## 233 **12. Schulentwicklung, Ganztageschule**

234

### 235 **12.1 Forderung**

236 Die Kommunen sollen mehr Mitsprache haben bei der Entwicklung von Schulstrukturen.  
237 Dabei sollten die Gemeinden auch über die Stadtgrenzen hinaus koordiniert vorgehen.

238

### 239 **12.2 Begründung**

240 Oftmals zwingt die Situation in der Gemeinde zu Strukturentscheidungen, die in der  
241 Gesamtschau nachteilig ist. So müssen Gemeinden Gemeinschaftsschulen einführen, um  
242 ihren Standort aufrechterhalten zu können. Jedoch könnten durch Kooperationen  
243 vielfältige Angebote geschaffen werden, sodass weiterhin gilt: Mehrgliedrigkeit fördert  
244 individuell und schafft Bildungsqualität!

245

### 246 **12.3 Forderung**

247 Wir fordern Wahlfreiheit für Eltern bei der Ganztageschule.

248

### 249 **12.4 Begründung**

250 Wer sein Kind in einer Gemeinschaftsschule anmeldet, verpflichtet sich auch automatisch  
251 dazu, das Kind tagsüber in der Ganztageschule unterzubringen.

252 Jedoch ist es nicht der Wunsch aller Eltern, ihr Kind fortan beim Frühstück und dann erst  
253 wieder beim Abendessen zu sehen. Nicht wenige Eltern hätten ihre Kinder nachmittags  
254 gerne bei sich und möchten ihnen beispielsweise ein Mittagessen bieten. Obwohl die  
255 Organisation für die Schulen schwieriger ist, muss es doch möglich sein, um – wie die  
256 grün-rote Regierung vorgibt – durch die Gemeinschaftsschule zu erreichen, individuelle  
257 und bestmögliche Förderung zu gewährleisten.

258

### 259 **12.5 Forderung**

260 Die Gemeinschaftsschule darf nicht zum Etikettenschwindel werden!

261

## 262 **12.6 Begründung**

263 Nachdem die Landesregierung bei den Gymnasien zurückgerudert ist, beginnt jetzt der  
264 Auflösungsprozess bei den Realschulen. Durch Zusammenlegung von Werkreal- und  
265 Realschulen zu Gemeinschaftsschulen erreicht man nur eine Zerstörung der bewährten  
266 Schulart Realschule – die Gemeinschaftsschule nimmt – zumindest mittelfristig – die Rolle  
267 der Restschule ein. Durch diesen Etikettenschwindel wird der Anteil der Schüler am  
268 Gymnasium drastisch steigen, nicht jeder Schüler wird den Anforderungen des  
269 Gymnasiums gewachsen sein.

270 Stattdessen spricht sich die Junge Union Südbaden für das von der CDU Südbaden  
271 erarbeitete Modell der „Realschule Baden-Württemberg“ aus.

272

## 273 **13. innerstädtisch Tempo 30 und 40**

274

### 275 **13.1 Forderung**

276 Die Junge Union Südbaden setzt sich für Tempo 30 in Innenstädten ein! Es muss die  
277 gesetzliche Möglichkeit geschaffen werden, innerstädtisch Tempo 40 einzuführen.

278

279

### 280 **13.2 Begründung**

281 Bereits seit einigen Jahren wird in Deutschland über die Herabsetzung der  
282 Regelgeschwindigkeit innerorts von 50 Stundenkilometer auf 30 Stundenkilometer  
283 diskutiert bzw. gestritten. Zurzeit signalisiert das gelbe Ortseingangsschild eine maximal  
284 zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 Stundenkilometern. Diese soll nach Willen  
285 verschiedener Verkehrsexperten auf 30 herabgesenkt werden. Im größten Teil der  
286 innerörtlichen Stadtstraßennetze außerhalb der vorfahrtsberechtigten Verkehrs- oder  
287 Vorbehaltsstraßen gilt bereits heute überwiegend Tempo 30. Des Weiteren soll an  
288 Kreuzungen und Einmündungen innerhalb der Zone der Grundsatz „Rechts vor Links“  
289 gelten. Jedoch sind laut ADAC in Innenstädten auch bauliche Veränderungen notwendig,  
290 damit sich die Fahrer auch daran halten. Dies muss lokal abgestimmt werden und auch  
291 sichergestellt werden bevor ein Tempolimit eingeführt wird.

292

293 Tempo 40 kann in manchen Kommunen mit starker Verkehrsbelastung eine Möglichkeit  
294 sein, den Verkehrsfluss und Sicherheit zu gewährleisten. Die gesetzliche Möglichkeit  
295 hierfür müsste zumindest eröffnet werden.

296

## 297 **14. Beschäftigung mit „Nein-Partei“**

298

### 299 **14.1 Forderung**

300 Die Junge Union fordert, Bewerber der „Nein-Idee“ nicht als Kandidaten bei  
301 Bürgermeisterwahlen zuzulassen.

302

### 303 **14.2 Begründung**

304 Bei immer mehr Bürgermeisterwahlen treten Kandidaten an, die für die sogenannte „Nein-  
305 Idee“ stehen und die mit ihrer Kandidatur den Bürgern zum Protest verhelfen wollen, ohne  
306 dass die Stimme als ungültig gewertet werden kann. Ziel der „Nein“-Kandidaten sei es,  
307 "mehr Demokratie" in die Gemeinde zu bringen. Dabei schließen die „Nein“-Kandidaten  
308 bereits von vornherein aus, das Bürgermeisteramt überhaupt anzutreten. Statt mehr  
309 Demokratie sorgen die „Nein“-Kandidaten in Wahrheit für weniger Demokratie, weil sie im  
310 Falle eines Wahlsieges das Votum der Bürgerschaft gerade nicht respektieren würden. Für  
311 die Junge Union sind Bürgermeisterwahlen zu bedeutsam, als dass sie zu Spaß- und  
312 Protestwahlen verkommen dürfen.